

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947

141 (27.11.1947)

er 1947
berhausen
nen, Kri-
rigen Pr-
24-Erfolg,
g. Lan-
L. 2.
7 - Staf-
3. Berg-
1. 3. 1947
Durtach
urlich 14.
Neckarau
22 heran,
ie zweite
Taktische
aus und
Neckarau
S-t.
T. Forch-
K. He 24,
fr. Forch-
Verbrauch-
im übrigen
in leitenden
deutschen
Partei-
ausschließ-
lich um die
Interessen
ihres Am-
tensbereichs
zu kümmern.

Keine Pläne für selbständigen westdeutschen Staat

Frankfurt, 26. Nov. (Dena) Es bestehen noch keine Pläne für die Schaffung eines selbständigen westdeutschen Staates, erklärte am 25. d. Mts. in einem Interview der amerikanische Vizepräsident der Zweimächte-Kontrollkommission in Frankfurt, Clarence A. D. C. C. Für die Ausarbeitung derartiger Pläne seien der Präsident der Vereinigten Staaten und der Außenminister zuständig. Er sei über keinerlei Entscheidungen dieser Art informiert.

Das gegenwärtige Wirtschaftsgebilde der Bizone könne natürlich als Grundlage für eine politische Einheit benutzt werden. In diesem Fall müßten zunächst eine Verfassung und eine gesetzgebende Körperschaft geschaffen und Wahlen durchgeführt werden. Danach sei eine Währungsreform und verstärkte Produktion von notwendigen Verbrauchsgütern notwendig. Im übrigen sei es von den augenblicklich in leitenden Stellungen befindlichen deutschen Politikern enttäuscht. Sie richteten sich zu sehr nach ihren Parteiführern anstatt sich ausschließlich um die Interessen ihres Amtesbereichs zu kümmern.

„Die Sowjetindustrie ist auf Krieg vorbereitet“

Washington, 26. Nov. (Dena-Reuter) Der ehemalige Industriestabschef der amerikanischen Botschaft in Moskau, Ellisworth L. Raymond, schreibt in der Wochenzeitschrift „The Evening Post“ die Industrie der Sowjetunion sei vollkommen auf Krieg vorbereitet.

Amerikanische Unterstützung gegen den Kommunismus

London, 26. Nov. (Dena-INS) Die Regierung der Vereinigten Staaten soll, wie aus Kreisen der französischen Delegation der Londoner Konferenz berichtet wird, die neuen französischen Regierung in Paris ihre Unterstützung für den Fall versprochen haben, daß kommunistische Kräfte versuchen, die Macht in Frankreich an sich zu reißen oder, daß ein Bürgerkrieg ausbrechen würde. Die Amerikaner sollen dem französischen Außenminister Georges Bidault kurz vor seiner Abfahrt zur Londoner Konferenz durch den US-Botschafter in Paris, Jefferson Caffery, gegeben worden sein.

Soforthilfsprogramm vor dem US-Senat

Vanderberg: „Eine neue Art kommunistischer Aggression ist auf dem Marsch“
Washington, 26. Nov. (Dena-Reuter) Der einflussreiche republikanische Außenpolitiker, Senator Arthur W. Vanderberg, erklärte am 24. d. Mts. in einer Rede vor dem amerikanischen Senat, die Ablehnung des Soforthilfsprogramms - 597 Mill. Dollar - für Frankreich, Italien und Österreich, könnte einen Krieg zur Folge haben, der anderenfalls vermieden werden könne und der vermindert werden müsse. Vanderberg beantragte die Annahme der Gesetzesvorlage über die Soforthilfe durch den amerikanischen Senat. In seiner Rede kritisierte er Präsident Truman, weil die Besatzungsmächte ihre Pflichten gegenüber den Besetzten nicht erfüllt hätten. Er forderte, daß die Besatzungsmächte Maßnahmen ergreifen, um die Inflation zu bekämpfen und den Wirtschaftswachstum zu fördern. Er erklärte, daß die Sowjetunion ein gefährliches Beispiel für die Welt darstelle und daß die Amerikaner sich nicht von ihr beeinflussen lassen dürfen.

2. Jahrgang / Nummer 141
Verlag: Badendruck GmbH,
Karlsruhe, Lammstr. 1b-5, Tel. 4633/33

BADISCHE

Karlsruhe, Donnerstag, 27. Nov. 1947
Monatlicher Bezugspreis RM. 2,20
Postbezugs RM. 2,80 zuzügl. Zustellgebühr

NEUESTE NACHRICHTEN

Warenaustauschabkommen der Bizone und Sowjetzone

Berlin, 26. Nov. (Dena) Das Abkommen über den Warenaustausch zwischen der Bizone und der Sowjetzone im Jahre 1948 ist nach längeren Verhandlungen am 24. d. Mts. von dem Leiter der Abteilung Außenhandel des Wirtschaftsrates, Dr. Volkmann, und dem Präsidenten der Sowjetischen Zentralverwaltung für Import- und Außenhandel, Josef Orlov, unterzeichnet worden.

„Die Verhandlungen waren“, wie es in einem hierzu herausgegebenen Kommuniqué heißt, „von der Einmütigkeit geleitet, daß über die Zonengrenzen hinweg die wirtschaftliche Einheit Deutschlands erstrebt wird.“
Das neue Warenaustauschabkommen (Berliner Abkommen) zwischen der sowjetischen und der britisch-amerikanischen Besatzungszone sieht einen Warenaustausch im Höhe von 310 Millionen Mark vor. Das bedeutet gegenüber dem Interzonenabkommen vom Januar 1947 je nach Warenart eine Steigerung von 50 bis 100 %.

„Sowjetunion bedroht Westeuropa“

Washington, 26. Nov. (Dena-Reuter) Senator Tom Connally, Exponent der Demokratischen Partei in außenpolitischen Angelegenheiten, behauptete am 24. d. Mts. die Sowjetunion bedrohe Westeuropa mit einer „totalitären Tyrannei, die sie selbst in Sklaverei unter den Zaren nicht herrschte.“
Connally befürwortete einen Separatfrieden mit Deutschland und Österreich, falls die Außenministerkonferenz in London fehlschlagen sollte. Die Großmächte müßten sich ohne die Sowjetunion verständigen, um die Sowjetunion zu zwingen, sich dem Friedensvertrag anzuschließen und den zukünftigen Status der ehem. Feindstaaten festzulegen. Deutschland müsse als eine „gewaltige Werkstatt“ wieder hergestellt werden.

Londoner Außenministerkonferenz am Dienstag eröffnet

Der 40-Jahres-Vertrag für Entwertung und Entmilitarisierung Deutschlands auf der Tagesordnung Marshall nicht ohne Optimismus, Frankreich wartet ab, deutsche Kommentare und Entschleunigungen

London, 26. Nov. (Dena-Reuter) Die vier Außenminister kamen am Dienstag während ihrer ersten Sitzung überein, den 40-Jahres-Vertrag über die Entwertung, Entmilitarisierung und Entmilitarisierung Deutschlands, der von Außenminister Marshall vorgelegt worden war, auf ihre Tagesordnung zu setzen. Außerdem einigten sie sich über die Punkte der Tagesordnung, die im Laufe der Londoner Besprechungen erörtert werden sollen, konnten jedoch keine Einigung über die Reihenfolge ihrer Behandlung erzielen.

Über folgende vier Punkte, die in die Tagesordnung aufgenommen worden sind, hatten bereits die Außenminister-Stellvertreter kürzlich eine Übereinstimmung erzielt: 1. Bericht der österreichischen Staatsvertragskommission, 2. die künftige provisorische politische Struktur Deutschlands, 3. wirtschaftliche Prinzipien für die künftige Struktur des deutschen Staates, 4. Vorbereitung des deutschen Friedensvertrages (Grenzen und Verfahren).

Dazu kommen folgende, von den Außenministern erstmals auf ihrer Eröffnungssitzung am 25. d. Mts. in London vorgeschlagene vier Punkte: 1. Vorschlag zur Entwertung und Entmilitarisierung Deutschlands, wie er seinerzeit zuerst von Außenminister James F. Byrnes dem Vorgänger Marshalls, vorgelegt worden war, 2. ein sowjetischer Vorschlag zur Diskussion der Frage, inwieweit die auf der Moskauer Außenministerkonferenz getroffenen Entscheidungen hinsichtlich der Entmilitarisierung Deutschlands durchzuführen sind.

Den Hauptdiskussionspunkt des ersten Verhandlungstages bildete die Frage, ob Österreich oder Deutschland als erster Punkt der Tagesordnung verhandelt werden soll. Außenminister Marshall setzte sich nachdrücklich dafür ein, die Österreich-Frage zuerst zu behandeln und wies darauf hin, daß die drei Westmächte einmütig diese Forderung vertreten. Molotov bestand jedoch darauf, dieses Problem zunächst zurückzustellen. Ein Kompromißvorschlag Bidaults, Österreich zwar als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, jedoch unmittelbar an die Sonderbeauftragten zu überweisen, wurde vom sowjetischen Außenminister zurückgewiesen.

Der Vorschlag Bidaults, die Frage der deutschen Grenzen in die Tagesordnung aufzunehmen und statt der Formulierung „Vorbereitung des Friedensvertrages“ die Formulierung „Vorbereitung des Friedensvertrages (Grenzen und Verfahren)“ zu wählen, wurde von den anderen Außenministern gebilligt.

Die Außenminister beschlossen, täglich um 16.30 Uhr MEZ zusammenzutreten und nach Möglichkeit jede Sitzung bis 19.30 Uhr zu beenden.

Besprechungen und Kommentare

Die Stellung der US-Delegation während der Londoner Außenministerkonferenz wurde in der Rede Außenminister Marshalls vor der Handelskammer von Chicago am 18. November klar analysiert.
„Ich werde mich unvoreingenommen über die Londoner Konferenz äußern, das Versprechen, eine gesunde Basis für ein Übereinkommen zu finden“, erklärte Marshall bei dieser Gelegenheit und brachte damit die endgültige Haltung der Vereinigten Staaten zum Ausdruck, daß die amerikanische Delegation bereit ist, so lange in London zu bleiben, wie auch nur die geringste Möglichkeit für ein Übereinkommen besteht. Es kann höchstens möglich sein, daß die sowjetische Delegation von Beginn an eine kompromisslose Haltung einnimmt und damit die Londoner Konferenz zum Fehlschlag und zu einem schnellen Abschluß verurteilt.

Außenminister Bevin und der sowjetische Außenminister Molotov waren am 25. d. Mts. in London zu einer Besprechung zusammengetreten. Am 26. November darüber die Londoner Konferenz zum Fehlschlag und zu einem schnellen Abschluß verurteilt.
Ein Sprecher des britischen Außenministeriums betonte am Dienstag, daß die Besprechungen zwischen den beiden Staatsmännern im freundlichen Tone verliefen, lehnte es aber ab, über die Unterredung Bevins mit Außenminister Marshall eine Erklärung abzugeben.

Verantwortliche Kreise in Paris geben sich, wie der Reuter-Korrespondent Harold King berichtet, keinen großen Illusionen

Frankreich wird sich nicht ohne Optimismus, Frankreich wartet ab, deutsche Kommentare und Entschleunigungen

Strenge Bewachung der Sowjetflugzeuge

Die sieben Flugzeuge, die den Außenminister Molotov und die Delegation in London eingeflogen sind, stehen auf dem Militärflugplatz Northolt seit ihrer Ankunft unter Bewachung sowjetischer Polizei. Zwei der Flugzeuge haben den Flughafen bereits wieder verlassen, ohne daß die Personalausweise offiziell davon in Kenntnis gesetzt wurde.

Empfang der deutschen Presse

Wie Dena-Sonderberichterstatterin Helgen von Brohoff meldet, wurden die in London eingetroffenen sind, stehen auf dem Militärflugplatz Northolt seit ihrer Ankunft unter Bewachung sowjetischer Polizei. Zwei der Flugzeuge haben den Flughafen bereits wieder verlassen, ohne daß die Personalausweise offiziell davon in Kenntnis gesetzt wurde.

Benelux-Staaten zur Konferenz

Wie AP aus Den Haag meldet, stellten die Staaten der Beneluxunion, Belgien, Holland und Luxemburg, am 26. November den Antrag, bei der Erörterung der deutschen Probleme, insbesondere der Regelung für das Ruhrgebiet, von der Außenministerkonferenz angehört zu werden.

Gemeinsame Erklärungen Jakob Kaisers und Josef Müllers

Berlin, 26. Nov. (Dena) In einer gemeinsamen Erklärung wenden sich die Vorsitzende der CDU in der Sowjetzone, Jakob Kaiser, und der Vorsitzende der bayerischen CSU, Dr. Josef Müller, an die bevorstehende Außenministerkonferenz in London mit der Forderung, die Zerstückelung Deutschlands im Interesse des Friedens zu vermeiden.

Palästina-Ausschuß stimmt Teilung zu

Die Araber sind entschlossen, für die Einheit zu kämpfen

New York, 26. Nov. (Dena-Reuter) Die Prambel der Resolution zur Teilung Palästinas wurde am 24. d. Mts. in spannungsgeladener Sitzung vom Palästina-Ausschuß der UN-Vollversammlung angenommen.

Sie hat folgenden Wortlaut: „Die Vollversammlung der Vereinten Nationen empfiehlt dem vereinigten Königreich als Mandatsmacht für Palästina und allen anderen Mitgliedern der Vereinten Nationen, die Teilung Palästinas zu unterstützen und die Durchführung der Teilungspläne, verbunden mit einer wirtschaftlichen Union und ersucht um folgende Maßnahmen: 1. Der Weltwirtschaftsrat soll die notwendigen Maßnahmen zur Durchführung der Teilung Palästinas prüfen und vorschlagen. 2. Der Trübsendrat soll von der Verantwortung, die ihm durch die Teilung Palästinas erwächst, in Kenntnis gesetzt werden. Die Vollversammlung ruft alle Einwohner Palästinas auf, alle Schritte zu ergreifen, die notwendig sind, um die Teilung Palästinas zu unterstützen.“

Die Teilungsresolution muß noch von der Vollversammlung gehen und dort die notwendige Zweidrittelmehrheit für eine endgültige Durchföhrung der Teilung des „Heiligen Landes“ erhalten.

CSU-Landesvorsitzende in Bayern, Dr. Josef Müller, während seines Berliner Aufenthaltes dem amerikanischen Militärgouverneur, General Lucius D. Clay einen Besuch ab und überreichte ihm im Einverständnis mit den Ministerpräsidenten der US-Zone eine Erklärung zur Londoner Konferenz.

Diese hat folgenden Wortlaut: „Die Londoner Konferenz wird in Kürze zusammentreten. Sie wird über die Zukunft Deutschlands entscheiden. Wir wissen uns mit allen Deutschen einverstanden, wenn wir die Konferenz beschwören: vermeiden die Zerstückelung Deutschlands, geben unsere Kriegsgefangenen frei.“

Ein vom Einheitsblock der drei antifaschistischen Parteien der Sowjetzone, CDU, SED und LDP - geplanter gemeinsamer Aufruf zur Londoner Konferenz kam, wie aus Kreisen des Blocks am Dienstag bekannt wird, nicht zustande, da die CDU den Entwurf nicht unterzeichnete. Der Antifaschblock hat sich nunmehr darauf geeinigt, bei entscheidenden Verhandlungspunkten der Londoner Konferenz gemeinsame Willensäußerungen zu beschließen.

Benelux-Staaten zur Konferenz

Wie AP aus Den Haag meldet, stellten die Staaten der Beneluxunion, Belgien, Holland und Luxemburg, am 26. November den Antrag, bei der Erörterung der deutschen Probleme, insbesondere der Regelung für das Ruhrgebiet, von der Außenministerkonferenz angehört zu werden. In einer gemeinsamen Note empfehlen sie dem Außenminister, eine besondere internationale Kontrolle des Ruhrgebiets unter Beteiligung der Benelux-Regierungen einzurichten. Obgleich sie zu einer Stellungnahme zur alliierten Deutschlandpolitik nicht aufgefordert worden sind, seien sie der Ansicht, daß ihre Interessen zu sehr mit Deutschland verknüpft sind, als daß sie übergangen werden könnten.

Gemeinsame Erklärungen Jakob Kaisers und Josef Müllers

Berlin, 26. Nov. (Dena) In einer gemeinsamen Erklärung wenden sich die Vorsitzende der CDU in der Sowjetzone, Jakob Kaiser, und der Vorsitzende der bayerischen CSU, Dr. Josef Müller, an die bevorstehende Außenministerkonferenz in London mit der Forderung, die Zerstückelung Deutschlands im Interesse des Friedens zu vermeiden.



Leben anderer Völker zu dominieren oder zu diktieren bestrebt sei.

Wie Dena-INS am 26. Nov. aus Washington meldet, stimmte der außenpolitische Ausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses am 25. d. Mts. dafür, die von Präsident Truman für Italien, Frankreich und Österreich geforderte Übergangshilfe von 597 Mill. Dollar auf 489 Mill. Dollar herabzusetzen und 60 Mill. Dollar für China hinzuzusetzen.

Parteiausschluß Ruderts gebilligt

Frankfurt, 26. Nov. (Dena) Der Landesvorstand der hessischen KPD billigte den Kreisvorstand der KPD, Frankfurt, am 25. d. Mts. zum Parteiausschluß des Lizenzträgers der „Frankfurter Rundschau“, Arno Rudert, so teilte die KPD Hessen am 24. d. Mts. mit.

Im Telegrammstil

Washington, 26. Nov. (Dena-Reuter) Senator Scott W. Lucas forderte am 24. d. Mts. den Kongress zu Maßnahmen gegen die gemeldete Zusammenarbeit amerikanischer Seeleute mit den kommunistischen Organisationen und streikenden französischen Hafenarbeitern auf, die sich weigerten, Schiffe mit amerikanischen Hilfslieferungen zu entladen. Dena-INS.

New York, 26. Nov. (Dena-Reuter) Der ehemalige amerikanische Botschafter in Moskau und Paris, William Bullitt, erklärte am 25. d. Mts., die Lage in China werde sich noch vor Anbruch des Frühjahrs in erschreckender Weise verschlechtern, wenn dem Land nicht sofort Hilfe gewährt würde. China brauche „Waffen, Wirtschaftshilfe und McArthur, um nicht in die Hände Stalins zu fallen.“ (Dena-INS)

Paris, 26. Nov. (Dena-Reuter) Die erste Sitzung des neuen Kabinetts in Frankreich wies ein, daß der Premierminister Robert Schuman ein Antistreik-Programm vorbereitet. Die Zahl der streikenden Arbeiter in Frankreich hat sich seit Montag auf eine Million 200 000 erhöht. Das neue französische Kabinett wird am Montag nach einer 4 1/2stündigen Kabinettsitzung seinen Entschluß bekannt, das Lohn- und Preisproblem, die Ursache der gegenwärtigen Streiks in Frankreich, umfassend zu lösen. (Dena-Reuter)

Prag, 26. Nov. (Dena-Reuter) Der tschechoslowakische Republik ernannte am 23. d. Mts. den Vizepräsidenten der tschechoslowakischen Volksvertretung, Frantisek Tymes, an Stelle des zurückgetretenen ehemaligen Vizepräsidenten der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei, Dr. Zdenek Fierlinger, zum stellvert. Ministerpräsidenten. (Dena-Reuter)

Bukarest, 26. Nov. (Dena-Reuter) Der frühere rumänische stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister Georgi T. T. T. wurde seines Postens als Vorsitzender der rumänischen National-Liberalen Partei enthoben. (Dena-Reuter)

Belgrad, 26. Nov. (Dena-Reuter) Die jugoslawische Regierung wird von der Weltwirtschaftsrat eingesezt Balkan Sonderkommission zur Überwachung der nördlichen Grenzen Griechenlands. Zwischen der griechischen Regierung und der amerikanischen Mission in Griechenland einerseits und den britischen und amerikanischen Besatzungsbehörden andererseits wurde am Montag Übereinstimmung erzielt. Danach erklärt sich Griechenland bereit, Tabak im Werte von 15 Millionen Dollar und Trockenfrüchte für 10 Millionen Dollar an die Bizone zu liefern, die dafür Lizenzträger für einen Gesamtwert von 25 Millionen Dollar zur Verfügung stellt. (Dena-INS)

„Rußland hätte sich dem Dreierpakt angeschlossen“

Tokio, 26. Nov. (Dena-INS) In einem dem Internationalen Tribunal in Tokio vorliegenden und am Dienstag zum ersten Mal veröffentlichten stenografischen Bericht heißt es, daß die Sowjetunion sich beimächte dem Dreierpakt angeschlossen hätte, doch seien ihre Forderungen zu hoch gewesen, so daß Hitler sie nicht habe erfüllen können. Es handelt sich um die Aufzeichnungen aus einer Besprechung, die am 27. März 1941 in Berlin zwischen dem ehemaligen deutschen Außenminister Joachim von Ribbentrop und dem damaligen japanischen Außenminister Yosuke Matsuoka stattfand. Ribbentrop erklärte dabei: „Rußland hätte sich dem Dreierpakt angeschlossen, aber seine Bedingungen konnten nicht erfüllt werden. Wie aus dem Bericht weiter hervorgeht, hat Ribbentrop damals die sowjetischen Forderungen wie folgt definiert: Deutschland muß seine Interessen in Finnland aufgeben, Rußland muß Stützpunkte entlang den Dardanellen erhalten, Rußland besteht auf einer beherrschenden Position auf dem Balkan, insbesondere in Bulgarien.“

Zur Begründung der Ablehnung deutschseits erklärte Ribbentrop: „Der Führer ging darauf nicht ein, weil er die Meinung vertrat, daß er auf weite Sicht gesehen, in eine derartige russische Politik nicht einwilligen könne.“

Die Unterhaltung wurde aufgezeichnet von Dr. Paul O. Schmidt, zu diesem Zeitpunkt Dolmetscher im deutschen Außenministerium und später Leiter des Sekretariats des Außenministeriums im Rang eines Ministers. Das Dokument wurde in Deutschland erbeutet und befindet sich jetzt im Archiv der alliierten Kriegsverbrecherkommission für den Fernen Osten.

Zur Rettung der Fetteversorgung

Frankfurt, 26. Nov. (Eig. Ber. -sch-) In der Diskussion über die Fetteversorgung in der Bizone ist in den letzten Tagen ein Milchabfertigungsgesetz fertiggestellt worden, das mit drakonischen Maßnahmen die schlechte Milchlieferung verbessern soll. Die Milchabfertigungsgesetze sind in der Beschlussefassung in seiner letzten Vollversammlung zugeleitet worden ist, macht die Befreiung des einzelnen landwirtschaftlichen Betriebs mit Importen und industriellen Betriebsmitteln und Verbrauchsgütern von der Erfüllung der Milchabgabe abhängig. Bauern, die ihr Milchabfertigungsgesetz nicht erfüllen, wird die Butter entzogen werden. Außerdem soll Milchvieh, dessen Leistung aus dem Verschulden des Besitzers minderwertig geworden ist, enteignet werden.

Das Verwaltungsamt (Ernährung) will erreichen, daß eine Steigerung der Milchablieferung von nur 1 Liter je Tag und Kuh zustande kommt, was eine Mehrerzeugung von 5000 Tonnen Butter im Monat bedeutet würde. Dadurch würde sich das eigene Futtermittel um 75 Prozent verbessern und die gegenwärtige Ration sichern.

Schumacher: „Deutsche Repräsentation infantiler Gedanke“

Hamburg, 26. Nov. (Dena) Der erste Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt Schumacher, erklärte am 25. d. Mts. während seiner Ankunft aus Norwegen, „man findet in allen Lagern Schwedens und Norwegens Verständnis für Deutschland.“ Dr. Schumacher äußerte zur Londoner Außenministerkonferenz, eine deutsche Repräsentation sei ein infantiler Gedanke. Die Vertreter Deutschlands müßten einem solchen Falle ohne jeden Rückhalt, ohne statistische Unterlagen und ohne von ganzen deutschen Volk beauftragt zu sein, nach London fahren.

Das Gebot des Rechts

Es wird schwer sein und wohl auch lange dauern, bis die Deutschen mit den Franzosen in ein fruchtbares Gespräch über die gemeinsame Zukunft, in der auch das Schicksal Europas eingeschlossen wird, können. Demais, als man Frieden schrieb, Briand und Stresemann die Friedenssehnsucht ihrer beiden Völker in politische Vertragstexte gossen, schien die Einheit Europas greifbar. Der aufkommende deutsche Nationalsozialismus zerbrach die Einheit, die eine Neuaufnung anspannen. Frankreich ist heute noch nicht bereit, die schweren Schatten der Vergangenheit aus den politischen Zukunftskombinationen auszuschneiden, und die Furcht vor zukünftigen Dingen ist die Quelle dessen, was schon Hunderten von Jahren und heute wieder französische Sicherheitspolitik genannt wird. Diesmal auch einem zerrissenen Deutschland gegenüber, das sich auf dem schwersten Fußweg seiner Geschichte befindet. Aus diesem Schicksal ist die Äußerung de Gaulles auf einer Pressekonferenz zu warten, erstes Ziel Frankreichs sei, das Wiedererleben eines zentralisierten deutschen Reiches für alle Zeiten zu verhindern. Deutschland könne nur die Form eines Bundes deutscher Länder erhalten, und so lange Frankreich diese Sicherheit nicht habe, müsse es die in seiner Hand befindliche Garantie behalten.

General de Gaulle ist zwar nicht offizieller Sprecher der französischen Außenpolitik, aber als anerkannter Führer der französischen Resistance und als Chef einer großen politischen Bewegung, die bei den Gemeindevahlen 40 Prozent der Sitze zu erringen vermochte, ist ein sehr ernst zu nehmender Repräsentant der französischen außenpolitischen These auch als solcher wird sich General Gaulleres lassen müssen, daß in der Geschichte, in der sich das Leben und nicht die Stagnation, das Vorwärts und nicht das Rückwärts offenbart, kein „für alle Zeiten“ geben kann. Geschichtliche Konstruktionen, die durch die Macht erzwingen sind, werden nie von Dauer sein können. Das hat die Geschichte der letzten 20 Jahre in einem unheimlich blutigen aber überzeugenden Entwicklungsprozess jedem, der es sehen will, offen dargelegt. Im deutschen Volk lebt der Wille, das Schwerk seiner Zukunft in Gemeinsamkeit zu tragen, es hat das Recht dazu, seine wirtschaftliche und politische Einheit, die es aus eigener schmerzlicher Erfahrung zu gewinnen. So machlos in Zukunft auch sein mag, diesmal hat es dieses Recht, das es früher so schwer anderer gegenüber verletzte, als formende Kraft auf seiner Seite. Und daß dieses Recht das über den Völkern und über den Interessen lebende Geschichte gestaltet wieder Kraft gewinne, liegt im Interesse aller Länder Europas und nicht zuletzt Frankreichs. Daß Europa nicht mehr Brücke zwischen den durch die beiden riesigen Machtkomplexe USA und Rußland verkörpert feindlichen Ideologien sein kann, ist eine Wirkung der wirtschaftlichen und geistigen Ohnmacht der Welt. Diese aber wieder in eine politische Form zu bringen, ist eine gesamt-europäische Aufgabe, die weder verschoben noch verborgen werden kann. Gemäß seiner glanzvollen Kulturtradition sollte Frankreich den deutschen Demokratisierungsprozess in den Bezirken, die es zu Verwaltung her unterstützen, für sich haben den Eindruck, daß die vielfach angewandte Praxis mehr hemmt als fördert. Man denke an die vor kurzem überreichte Demontageliste, deren Wirkung der Wirtschaftsdirektor für die französische Zone Oberst Hauff, bolognener, Wien, man weiß, daß seit 1945 Maschinen und Materialien demontiert und requiriert werden, daß die französische Besatzungsarmee und die zahlreichen französischen Familien mit hohem Lebensstandard sich aus den Erzeugnissen des Landes verzehren. Die Schockwirkung der Demontageliste für Südbaden und Südwürttemberg durch die Versteigerung der Schwarzwalder Uhrenindustrie um etwa 30 Prozent ihrer Produktionskapazität behalten. Die Weltfirmen wie Jungbuns, Maute und Kienzle einer starken Teildemontage unterzogen. Der Werkzeugmaschinenbau soll nahezu gänzlich abtransportiert werden. Ohne Zweifel werden die Demontagen auch das Wirtschaftsleben Südbadens und Südwürttembergs von schwerstem Nachteil sein und tausende fleißige Facharbeiter außer Tätigkeit setzen. Auf diese Weise könnten sie durch die Härte der wirtschaftlichen Tatsachen veranlaßt werden, ihren demontierten Arbeitsgeräten in die Fremde nachzuwandern. Den beiden Parlamenten der Südzone ist eine öffentliche Debatte über die Demontagen verweigert. Wie man hört, soll der Stuttgarter Landtag sich den wirtschaftlichen Auswirkungen der Demontage in den Südzonen befassen. Auch über unliebsame Einzelaktionen wird berichtet. In Bühl soll in den nächsten Tagen eine Reihe von Familien evakuiert werden, die erst 1933 oder 1945 aus anderen Gebieten zugezogen, kaum anderswo Unterkommenmöglichkeiten haben. Ein anderer Vorfall wird aus Lörach gemeldet. Dort soll die deutsche Polizeikommission, weil seine Beamten im Arrest entzogen, von der französischen Gendarmerie schwer mißhandelt worden sein und nun im Freiburger Krankenhaus liegen. Alles das zu sammengesehen erzeugt ein Gefühl der Unruhe und der Rechtsunsicherheit, während doch in den von der Besatzungsmacht sanktionierten Verfassungen in Frankreich vor mehr als 150 Jahre, proklamierten Menschenrechte gesetzlich verankert sind. Die besondere Tragik liegt aber darin, daß damit psychologische Hindernisse der Vertiefung des demokratischen Gedankens der Verständigung und Versöhnung entgegengesetzt werden, bei einem Volke, das von jeher dem freihellen Gedanken verbunden war und dessen Vorväter vor hundert Jahren auf die Besten von Rastat für die Demokratie, die Freiheit und die schwarzrote dem Republik gefallen waren.“ W. I.

Neue Steuerregelung im Saarland

Mannheim, 26. Nov. (Dena) Aus Anlaß der Einführung des Franc wurde im Saarland eine vorläufige Steuerregelung getroffen, zu der u. a. die Einführung der französischen Produktionssteuer und die Gesetzes über die französische indirekte Steuern gehören. Gleichzeitig werden alte deutsche Verbrauchssteuern außer Kraft gesetzt. Die allgemeine Umsatzsteuer wird von 3 auf 2 Prozent und im Großhandel von 2 1/2 auf 1 Prozent ermäßigt.

Neuer US-Gouverneur

Stuttgart, 26. Nov. (Dena) Der frühere Kongreßabgeordnete des Staates Indiana, Mr. Charles M. LaFollette, wurde zum Direktor der amerikanischen Militärregierung für Württemberg-Baden ernannt.

